



Sozialpolitik

KOMPAKT

In dieser Ausgabe:

Auf ein Wort!	1
Wer ist arm im reichen Land?	2
Die Spirale von Armut, Krankheit, Pflegebedürftigkeit und Behinderung	5
Zementierte Ungerechtigkeit: Städtebau, Klimawandel und Armut	7
Die Kehrseite der Medaille: Vermögende	9
Die politische Leerstelle: Armut im neuen Koalitionsvertrag	11
Das unglaubliche Urteil: Die Höhe des Bürgergeldes hat ein Jobcenter selbst richtig ausrechnen	12
Impressum	13

Auf ein Wort!

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

der Landesverband Rheinland-Pfalz hat das Thema **Armut im Fokus**. Die gleichnamige Ausstellung ist momentan in der Geschäftsstelle des Landesverbandes eröffnet und zeigt eindrücklich und mit vielen interaktiven Elementen, wie vielfältig und multidimensional Armut in Rheinland-Pfalz ist. Sieben mutige freiwillige Frauen und Männer haben sich bereiterklärt, ihre ganz persönliche Erfahrung mit dem Thema Armut und soziale Ungleichheit im Rahmen des Projekts „Armut im Fokus“ zu schildern. Diese Berichte zeigen auf erschütternde Art und Weise wie schnell man durch Krankheit oder einen Schicksalsschlag in eine Armutsspirale gerät.

In dieser **Sonderausgabe zum Thema Armut** soll ein vielschichtiger Blick auf ein drängendes gesellschaftliches

Problem geworfen werden: Wir fragen, was Armut heute bedeutet und beleuchten, wie sie sich im urbanen Raum manifestiert, etwa durch zementierte Ungerechtigkeit und defensiven Städtebau. Wir thematisieren die wachsende Ungleichheit der Vermögen, untersuchen die engen Verflechtungen zwischen Armut und Krankheit und werfen einen kritischen Blick auf die Vorhaben der neuen Bundesregierung: Was steht im Koalitionsvertrag – und was bleibt offen?

Besuchen Sie gerne im Rahmen der Mainzer Museumsnacht am 14. Juni 2025 unsere Ausstellung, wir würden uns freuen!

Hier finden Sie auch die [Homepage](#) unseres Projektes „Armut im Fokus“.



Bild: Simon Berger via Pexels

Wer ist arm im reichen Land?

Deutschland ist ein reiches Land – das hört man immer wieder. Und auch wenn Kriege, Krisen und Inflation immer mehr den Alltag vieler Menschen ins Wanken bringen, zählt Deutschland weltweit betrachtet nach wie vor zu den sogenannten Industrieländern. Doch auch wenn die Zahlen vergleichsweise niedrig sind: Sogenannte absolute Armut, wie sie häufig mit Ländern des globalen Südens assoziiert wird, gibt es auch in Deutschland. Auch hier versagt der Staat dabei, Grundbedürfnisse wie beispielsweise Lebensmittel, Kleidung und Wohnen zu erfüllen.

Zentral für den deutschen und europäischen Kontext – und weit verbreiteter als die absolute Armut – beim Thema Armutsbetrachtung ist jedoch die sogenannte relative Armut. Diese Armutsdefinition orientiert sich am Einkommen. Dabei wird die Armutsgefährdungsquote auf 60% des Medianeinkommens (auch Nettoäquivalenzeinkommen genannt) festgelegt. Wer darunter fällt, gilt als arm. Diese Armutsgefährdungsschwelle ist abhängig von der Anzahl und dem Alter der in einem Haushalt lebenden Personen. Es gibt noch weitere Definitionen und Betrachtungsweisen von Armut, die zum Beispiel auch soziale Faktoren einbeziehen.

Die Qual der Zahl

Wer sich mit Armut beschäftigt, beschäftigt sich ziemlich schnell mit einer Menge Zahlen. Zahlen und Werte zu Armut können von Studie zu Studie, Statistik zu Statistik abweichen. Das liegt zum einen an den unterschiedlichen Kennwerten, die herangezogen werden. Aber es kann auch Unterschiede geben, wenn genau ein statistischer Wert ermittelt wird.

Dies liegt an den unterschiedlichen Datensätzen, die den Berechnungen zu Grunde gelegt werden. So werden in Deutschland üblicherweise Zahlen des Mikrozensus vom Statistischen Bundesamt, dem Sozio-oekonomischen Panel (kurz: SOEP) des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung oder der „Leben in Europa“ (EU-SILC) Erhebung zur Berechnung des Medianeinkommens und der Armutsgefährdungsschwelle herangezogen. Keiner der Datensätze ist besser oder schlechter als der andere, sie unterscheiden sich nur voneinander.

**„Die Armut in
Deutschland wird
nicht genug
bekämpft.“**

VdK-Präsidentin
Verena Bentele in
Pressemitteilung,
10.04.2025

Armut in Deutschland und Rheinland-Pfalz

Und wie sieht es nun in Deutschland und Rheinland-Pfalz aus? Die Armutsgefährdungsschwelle für einen Ein-Personen-Haushalt im Jahr 2023 lag bei 15.765 Euro (netto) im Jahr, was 1.314 Euro im Monat entspricht. Für eine vierköpfige Familie, in der beide Kinder unter 14 Jahre alt sind, lag der Wert bei 33.106 Euro im Jahr, umgerechnet 2.759 Euro im Monat. Diese Zahlen basieren auf den Daten der „Leben in Europa“-Studie (EU-SILC). Wer also im Jahr 2023 weniger Einkommen als die monatlich bzw. jährlich festgelegte Einkommensschwelle hatte, galt als arm.

Nach den Ergebnissen der Erhebung der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder lag die Armutsgefährdungsquote in Deutschland 2023 insgesamt bei 16,6 %. Dies entspricht dem Anteil der Bevölkerung, welcher weniger als 60% des Medianeinkommens zur Verfügung hat. Diese Quote wird für unterschiedliche Gruppen einzeln aufgeschlüsselt. So lässt sich feststellen, dass Alleinlebende mit 28,1% und Alleinerziehende mit mindestens zwei Kindern 41% deutlich über dem Durchschnittswert liegen.

Nach den Ergebnissen der Erhebung der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder lag die Armutsgefährdungsquote in Rheinland-Pfalz im Jahr 2023 bei 17,1% und somit über dem Bundesdurchschnitt. Bei Alleinlebenden war die Quote mit 27,7% leicht unter dem Bundesdurchschnitt, die Quote für Alleinerziehende mit 46% über dem Bundesdurchschnitt.

Die Daten zeigen: Armut in Deutschland ist real. Und wer einmal in Armut lebt, hat es in Deutschland schwer, wieder dort hinauszukommen. Außerdem wird Armut auch vererbt. Kinder, die in Armut aufwachsen, sind häufiger später selbst von Armut betroffen. Das unterstreicht den dringenden Handlungsbedarf. Unsere Forderungen lesen Sie auf der nächsten Seite.

*„Kinder sind arm,
weil ihre Eltern arm
sind.“*

*Armutsforscher Prof. Dr.
Christoph Butterwegge
im Domradio-Interview
27.10.2022*

Unsere Forderungen (Auszug)

- **Armut in der Landespolitik stärker thematisieren** – regelmäßige Revision des Landesaktionsplans mit ambitionierteren Zielen
- **Mehr Beteiligung** von armen Menschen/Grundsicherungsempfängenden bei politischen Entscheidungen
- **Bildungssystem durchlässiger machen** – erleichtertes Bildungs- und Teilhabepaket, bessere Förderung von Inklusion und Ganztagsangeboten, kostenfreies frisch gekochtes Mittagessen an Schulen, Schulsozialarbeit und Alltagshelfer:innen an Schulen stärken
- Flächendeckenden, **existenzsichernden Mindestlohns** oberhalb der Niedriglohnschwelle einführen
- **Soziale Absicherung stärken und Arbeitsbedingungen in prekären Jobs verbessern** - Minijobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse umwandeln, Leiharbeit stärker regulieren
- **Mobilität ermöglichen** – Sozialticket flächendeckend einführen, barrierefreien ÖPNV verwirklichen
- **Wohnungs- und Obdachlosigkeit effektiver bekämpfen** – das Modellprojekt „Housing First“ (dt. „die Wohnung zuerst“) verstetigen und ausbauen, bisher ausgeschlossene Personen zu „Housing First“ zulassen, wohnungslose Frauen und wohnungslose ältere Menschen mehr in den Fokus nehmen
- **Steuergerechtigkeit erhöhen** – hohe Einkommen und Kapitalerträge stärker besteuern, Mehrwertsteuer auf gesunde Lebensmittel und auf Medikamente senken, verfassungskonforme Vermögenssteuer wiedereinführen, Erbschaftssteuer reformieren, Steuerhinterziehung und -vermeidung erschweren

Sie wollen mehr erfahren? Schauen Sie auf unserer Homepage zum Projekt „Armut im Fokus“ vorbei. Dort finden Sie weitere Informationen. Einfach [hier](#) klicken.

Die Spirale von Armut, Krankheit, Pflegebedürftigkeit und Behinderung



Foto: Axel Vandenhirtz via Pexels

„Man muss, wenn man krank ist, sehr sehr viel auch bezahlen.“

Armutsbetroffene Frau im Interview, Ausstellung „Armut im Fokus“

„Die Spirale ging immer stückweise nach unten.“ So beschreibt eine armutsbetroffene Frau in unserer Ausstellung „Armut im Fokus“ die Auswirkungen ihrer Krankheit und der ihres Mannes auf ihr Leben. Die Krankenhausbesuche, Kosten für Behandlungen und Medikamente und die Aufgabe des Berufs haben dazu geführt, dass die beiden mit wenig Geld leben müssen.

Eine andere von Armut betroffene Dame berichtet im Rahmen der Ausstellung, dass sie sich keine gesunde Nahrung leisten kann und auch nicht die für sie wichtigen speziellen Nährstoffe, die sie eigentlich benötigt. So verschlimmert sich die Krankheit unter der Armut.

Diese Beispiele zeigen: Armut macht krank, und eine Erkrankung, Behinderung oder Pflegebedürftigkeit sind Armutsfaktoren. Arme Menschen haben im Durchschnitt eine niedrigere Lebenserwartung und haben ein höheres Risiko für Krankheiten wie Diabetes Typ II, Herzinfarkte und Schlaganfälle. Nicht ausreichende Kleidung und eine kalte Wohnung machen ebenfalls krank. Mehrere armutsbetroffene Mitwirkende der Ausstellung erklären zudem eindrucksvoll, wie sie ihr Leben in Armut oder drohender Armut psychisch belastet.

Und auch bei der Vorbeugung von Krankheiten sind armutsbetroffene oder armutsgefährdete Menschen schlechter gestellt. Vorsorgeuntersuchungen und Prophylaxe sind meist mit Kosten verbunden, die sich armutsgefährdete oder -betroffene Menschen nicht leisten können.

Zugänge zur medizinischen Versorgung bleiben versperrt

Zudem ist der Zugang zur medizinischen Versorgung ein Problem. So berichtet eine Betroffene in der Ausstellung, dass sie sich die Anreise zu Spezialistinnen und Spezialisten für ihre Krankheit nicht leisten konnte, da diese aufgrund der Entfernung zu teuer war. So blieb ihr die bessere Versorgung verwehrt.

Hier spielen auch Mobilität und Barrierefreiheit eine Rolle. Der öffentliche Personennahverkehr und auch der Fernverkehr sind immer noch nicht durchgängig barrierefrei. Dies beginnt bei nicht barrierefreien Haltestellen und geht über zu hohe Einstiege bis hin zu nicht vorhandenen oder kaputten barrierefreien Toiletten.

Ganz abgesehen von dem ohnehin immensen Mehraufwand, den Menschen mit Behinderungen teilweise bei Reisen oder auch auf täglichen Strecken auf sich nehmen müssen. Daher müssen viele auch auf das Auto zurückgreifen. Doch was, wenn man sich keines leisten kann oder das Auto kaputt ist und die Reparatur teuer?

Auch wenn man es zu einer Arztpraxis geschafft hat, ist diese oftmals nicht oder nur bedingt barrierefrei. Im schlimmsten Fall kann man dort dann nicht behandelt werden, und muss auf eine andere, eventuell weiter entfernte oder weniger geeignete Praxis zurückgreifen. Auch hier werden Menschen mit Behinderungen, Pflegebedürftige und kranke Menschen benachteiligt. Mit wenig Geld ergibt sich hier eine mehrfache Benachteiligung.

Keine Krankenversicherung trotz Versicherungspflicht

Auch wenn in Deutschland eine Versicherungspflicht herrscht und ein Großteil der Bevölkerung krankenversichert ist, so gibt es auch Menschen, die keine Krankenversicherung haben. Hier ist der Zugang zur medizinischen Versorgung nicht gewährt. Clearingstellen in Rheinland-Pfalz helfen diesen Menschen. Hier setzt sich der Verein „Armut und Gesundheit und in Deutschland e.V.“ des Mainzer Sozialmediziners Gerhard Trabert ein.

Armut als strukturelles Problem

Der Themenkomplex Armut, Behinderung, Pflegebedürftigkeit, Krankheit zeigt beispielhaft: Armut ist kein individuelles Problem, es handelt sich nicht um Einzelschicksale. Armut ist ein strukturelles Problem, und viele Menschen sind betroffen, auch wenn wir sie in unserem Alltag vielleicht nicht wahrnehmen. Denn Armut ist auch mit Scham verbunden, die Verantwortung für die Situation wird gesamtgesellschaftlich immer noch bei den Menschen in Armut selbst gesehen. Dieser Annahme treten wir entschlossen entgegen und zeigen mit unserer Ausstellung „Armut im Fokus“ die strukturellen Benachteiligungen und Dimensionen von Armut.

Wir haben uns sehr über den Besuch von Mitarbeiterinnen von „Armut und Gesundheit in Deutschland e.V.“ unsere Ausstellung besucht haben, gefreut. Einen Artikel des Vereins zu unserer Ausstellung mit interessanten Eindrücken finden Sie [hier](#).

„Wir haben uns besonders gefreut, dass auch der Zusammenhang zwischen Armut und Krankheit mit Lebensgeschichten und vielen Fakten veranschaulicht wird. Diverse Anlaufstellen wie unsere Clearingstelle Krankenversicherung werden gezeigt – so wird deutlich, welche verschiedenen Möglichkeiten Betroffene haben und gleichzeitig, wie hochschwellig und lückenhaft die Versorgung in Rheinland-Pfalz ist.“

*Armut und Gesundheit in
Deutschland e.V. zur
Ausstellung „Armut im
Fokus“, 12.05.2025*



Foto: Marcus Lenk via Pexels

Zementierte Ungerechtigkeit: Städtebau, Klima und Armut

Die Jachten des Milliardärs Klaus-Michael Kühne stießen laut Oxfam in einem Jahr 9.800 Tonnen CO₂ aus – so viel wie eine Durchschnittsperson in Deutschland (rein rechnerisch) in fast 1.000 Jahren. Superreiche sind Treiber des Klimawandels. Leidtragende der immer extremeren Temperaturschwankungen auch in unseren Breitengraden sind oft diejenigen, welche die kleinsten ökologischen Fußabdrücke verursachen: Armutsbetroffene Menschen.

Hitzeinsel und Stadtbegrünung

Städtische Hitzeinseln sind kein neues Phänomen. Asphaltierte Flächen, dichte Bebauung und fehlendes Grün führen dazu, dass sich manche Viertel im Sommer um mehrere Grad stärker aufheizen als andere. Studien zeigen: Besonders betroffen sind oft arme Stadtteile mit wenig Grün, schlechter Gebäudeisolierung und hoher Bevölkerungsdichte. In Berlin etwa zeigen Analysen des Umweltbundesamts, dass Gebiete mit niedrigerem Einkommen gleichzeitig deutlich höheren Hitzebelastungen ausgesetzt sind.

Diese Ungleichheit ist lebensbedrohlich. Laut der WHO steigt das Risiko für hitzebedingte Krankheiten oder Todesfälle in prekären Wohnverhältnissen erheblich. Dennoch fließen Investitionen in Klimaanpassung – wie neue Parks, Baumbepflanzungen oder kühlende Fassaden – häufig zuerst in zentrale, aufgewertete Lagen.

Städtisches Grün ist nicht nur hübsch, es schützt vor Hitze, verbessert die Luftqualität und senkt Stress. Doch auch hier zeigt sich: Zugang zu Grün ist ungleich verteilt. In vielen Städten haben einkommensschwächere Viertel deutlich weniger öffentliche Grünflächen pro Kopf. Gerade Kinder, ältere Menschen und Menschen mit Vorerkrankungen leiden unter dieser Ungleichverteilung.

Ein gerechter Städtebau müsste sicherstellen, dass Grünflächen nicht als verzichtbarer rein ästhetischer Faktor einzelner Quartiere gelten, sondern als systemrelevante Infrastruktur verstanden werden – mit dem Vorrang dort, wo sie am dringendsten gebraucht werden.

„Um dem ungleichen Zugang zu städtischen Dienstleistungen und wirtschaftlichen Möglichkeiten vorzubeugen, ist die Beteiligung von in Armut lebenden und strukturell unterrepräsentierten Menschen in Stadtplanungsprozessen essenziell.“

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Energetische Sanierung und steigende Mieten

Ein weiteres Problem: Maßnahmen zum Klimaschutz und zur energetischen Sanierung, etwa die Dämmung von Altbauten, treiben häufig die Mietpreise in die Höhe. Dieses Phänomen wird als „grüne Gentrifizierung“ bezeichnet. Obwohl Klimaschutzmaßnahmen dringend notwendig sind, führen sie ohne soziale Abfederung oft zur Verdrängung genau jener Gruppen, die ohnehin unter prekären Wohnbedingungen leiden.

Auch klimabewusste Neubauten stehen in der Kritik. Die hohen Standards für energieeffizientes Bauen erhöhen häufig die Baukosten – mit der Folge, dass sich günstiger Wohnraum rar wird. Dabei wäre es dringend nötig, dass der soziale Wohnungsbau immer zusammen mit ökologischer Stadtentwicklung gedacht wird.

Mobilität als Faktor

Auch die Mobilitätswende ist eine soziale Frage. Menschen mit geringem Einkommen sind stärker auf Bus und Bahn angewiesen – und leiden gleichzeitig unter den Folgen des Autoverkehrs: Lärm, Luftverschmutzung und Unfallrisiko. Dennoch sind sie in vielen Städten schlecht an den ÖPNV angebunden oder müssen hohe Ticketpreise zahlen.

Städte, die auf Klimaneutralität setzen, müssen also nicht nur Radwege und Elektrobusse ausbauen, sondern dabei gezielt benachteiligte Stadtteile priorisieren.

Klimagerechtigkeit beginnt im Quartier

Städte und ihre Bewohnerinnen und Bewohner stehen im Zentrum der Klimakrise – als Verursachende, aber auch als Leidtragende. Gleichzeitig sind sie der Ort, an dem soziale Ungleichheiten täglich sichtbar werden. Die Aufgabe ist gewaltig: Wir brauchen einen Städtebau, der das Klima schützt – und dabei niemanden zurücklässt.

Das bedeutet: Investitionen müssen dorthin gelenkt werden, wo die Klimarisiken am höchsten sind. Sanierungen dürfen nicht zur Verdrängung führen. Und: Grünflächen, Mobilität und Beteiligung müssen gerecht verteilt sein.

„Einkommensschwächere Bevölkerungsgruppen leben natürlich auch in Deutschland meist unter schlechteren Wohnbedingungen, bei schlechterer Dämmung, besitzen keine Klimaanlage und haben während Hitzewellen keine Ausweichräume zur Verfügung.“

*Susanne Bieker vom
Fraunhofer-Institut für
System- und
Innovationsforschung (ISI)
in Karlsruhe*



Foto: dkatana via Pixabay

Die Kehrseite der Medaille: Vermögende

Über Armut zu berichten und zu klagen ist wichtig. Aber dabei darf man die andere Seite der Medaille nicht vergessen.

Die Rede ist dabei nicht nur von den 1.103 Einkommensmillionär:innen in Rheinland-Pfalz, die vor Steuern mehr als eine Million Euro Einkünfte im Jahr haben. Vielmehr geht es um das Vermögen, das in Deutschland so ungleich verteilt ist wie in kaum einem anderen europäischen Land.

Eigene Position ist schwer abzuschätzen

Meldungen dazu liest man zwar regelmäßig in der Zeitung. Dennoch können Menschen ihre eigene Position in der Verteilung nur schlecht selbst einschätzen. Sowohl arme als auch reiche Menschen tendieren dazu, sich in der Mitte der Verteilung anzusiedeln, auch weil man sich meist am eigenen sozialen Umfeld orientiert.

Nach dem „Ungleichheitsbarometer“ der Uni Konstanz ist die Verzerrung hinsichtlich der Vermögen noch viel stärker als bei den Einkommen. Das führt dazu, dass sich Menschen nicht für stärkere Umverteilungspolitik mobilisieren lassen – sie haben Angst, selbst von Erbschafts- und Vermögenssteuern betroffen zu sein, obwohl das nicht der Fall ist. Sie unterschätzen das Ausmaß der Ungleichheit und ihre eigene relative Armut!

Extreme Ausreißer und die große Ungleichheit

2,82 Millionen Millionär:innen leben in Deutschland – zumindest laut dem UBS Global Wealth Report 2024, es gibt auch stark abweichende Zahlen. Weil der Report international vergleicht, zählt er ab einem Vermögen von einer Million Dollar. Bis 2028 prognostiziert der Bericht einen Anstieg um 14 Prozent auf etwa 3,2 Millionen Millionär:innen. Der reichste unter ihnen ist Dieter Schwarz. Eigentümer von Lidl und Kaufland. Mit 38 Milliarden Euro besitzt er über 100.000-mal so viel wie der durchschnittliche Haushalt. Das sind Dimensionen, die kaum zu erfassen sind.

Aber es sind nicht nur diese Extreme, welche Anlass zur Besorgnis geben. Auch wenn man die gesamte Bevölkerung betrachtet, fällt eine große Ungleichheit. Das reichste Zehntel der Deutschen besitzt über die Hälfte des Gesamtvermögens – das oberste Prozent allein besitzt schon 18 Prozent des Gesamtvermögens, so viel wie die unteren 75 Prozent zusammen!

**„Wer über den
Reichtum nicht reden
will, soll zur Armut
schweigen.“**

**Armutforscher Prof. Dr.
Christoph Butterwegge**

Eine größere Ungleichverteilung gibt es EU-weit nur in Estland, wo die reichsten zehn Prozent sogar 59 Prozent des Gesamtvermögens ihr Eigen nennen.

Das Phantom „Vermögenssteuer“

Die wachsende Konzentration der Vermögen in den Händen Weniger wird unsere Gesellschaft vor eine Zerreißprobe stellen, insbesondere da in Deutschland Einkommen aus Arbeit eher hoch und Einkommen aus Vermögen wie Kapitalerträge eher niedriger besteuert werden. Das ist nicht nur ein fiskalisches Problem, sondern untergräbt auf lange Sicht auch die Demokratie.

*„Das bestehende
Steuersystem
zementiert die
soziale Ungleichheit.
Kaum ein Land in der
Welt besteuert
Arbeit stärker und
Vermögen geringer
als Deutschland.“*

VdK-Präsidentin
Verena Bentele

Seit 1997 ist die Erhebung einer Vermögenssteuer in Deutschland allerdings ausgesetzt, nachdem das Bundesverfassungsgericht die Bewertungsgrundlage als veraltet zurückgewiesen hatte. Wohl gemerkt: das bedeutet nicht, dass eine Vermögenssteuer nicht verfassungsgemäß sei – nur die konkrete Ausgestaltung müsste aktualisiert werden. Diesen Mangel hat keine Regierung seit 1997 behoben, obwohl der Staat sich dadurch Milliarden im Jahr entgehen lässt.

Dabei hat die Wiedereinführung der Vermögenssteuer Anklang in der Bevölkerung, laut einer Forsa-Umfrage sprechen sich 62 Prozent dafür aus, selbst unter Anhänger:innen der Union sind es 55 Prozent. Und das, obwohl wie gesagt viele Menschen ihr eigenes Vermögen falsch einschätzen und sich fälschlicherweise als betroffen wähnen, und obwohl Lobbyverbände der Wohlhabenden Mythen verbreiten, eine Vermögenssteuer lohne sich nicht und schade sogar.

Positivbeispiel aus den Alpen

Ausgerechnet das Steuerparadies Schweiz zeigt, wie es gelingen kann. Je nach Kanton gelten unterschiedliche Freibeträge und Steuersätze, aber ab einem Vermögen von etwa 500.000 Franken zahlen fast alle. Die Steuersätze sind oft niedrig, in Basel beispielsweise 0,49 Prozent, sodass die Substanz des Vermögens nur in den seltensten Fällen angegriffen wird. Dennoch trägt sie sieben Prozent zum Gesamtsteueraufkommen bei und erlaubt so niedrigere Steuern auf Konsum und auf mittlere Einkommen.

Auch in Deutschland wäre es sinnvoll, wenn nicht immer nur die Ausgaben des Staats etwa für Soziales auf den Prüfstand gestellt würden, sondern auch die Einnahmenseite eine größere Rolle in der Debatte spielte.



Foto: wal_172619 via Pixabay

Die politische Leerstelle: Armut im neuen Koalitionsvertrag

Vorweg: Es ist ja nicht so, dass der Begriff „Armut“ im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD gar nicht auftauchen würde. Ganze sieben Fundstellen gibt es auf 146 Seiten, sie beziehen sich auf Kinderarmut und Alleinerziehende sowie die Bekämpfung weltweiter Armut (einmal übrigens auch auf „Barrierearmut“). Darüber hinaus sollen Dinge „risikoarm“, „emissionsarm“ (2x) und vor allem „bürokratiearm“ (13x) gestaltet werden, und Deutschland ist ein „rohstoffarmes Industrieland“.

Es fehlt an Visionen

Die konkreten politischen Vorhaben an diesen Fundstellen wirken dann aber doch eher ambitionslos. So soll Kinderarmut bekämpft werden, indem der pauschale Teilhabebeitrag des „Bildungs- und Teilhabepakets“ von 15 auf 20 Euro angehoben wird. Eine Leistung, die trotz des bürokratischen Aufwands nach Erhebungen des Paritätischen nicht einmal bei jedem fünften berechtigten Kind ankommt!

Die Bundesregierung verspricht weiterhin, nach vierjähriger Wartezeit „noch in diesem Jahr“ den Armuts- und Reichtumsbericht vorzulegen, und „prüft im Rahmen einer Machbarkeitsstudie“ eine „Kinderkarte“ für alle kindergeldberechtigten Kinder. Diese Idee der SPD könnte etwa für eine kostenlose Nutzung des Nahverkehrs oder als Zugang zu Kultur- und Sporteinrichtungen genutzt werden, dies wird im Koalitionsvertrag aber nicht konkretisiert. Ohnehin bestehen solche Angebote schon in vielen Fällen und würden bestenfalls gebündelt. Der Zusammenhang mit der an anderer Stelle versprochenen „Teilhabe-App“ bleibt unklar.

Dagegen ist eine echte Bekämpfung von Kinderarmut, etwa durch die Bündelung und Verbesserung familienpolitischer Leistungen, im Gegensatz zum Koalitionsvertrag der Ampel nicht vorgesehen.

Kein Wort zu Altersarmut

Das Thema Altersarmut wird völlig ausgeklammert, wenn man von der Absicherung Selbständiger durch die Rentenversicherung einmal absieht. Auch die Erhöhung der Mütterrente hilft da nicht viel, es bräuchte zielgerichtete Maßnahmen gegen Altersarmut, Armut durch Pflege, durch Krankheit und Behinderung sowie andere Benachteiligungen. Diese bleiben Union und SPD bislang auf 146 Seiten schuldig.

„Der Koalitionsvertrag zwischen SPD und CDU/CSU verheißt nichts Gutes für Kinder und Familien, die in Armut leben.“

VdK-Präsidentin
Verena Bentele



Das unglaubliche Urteil

Bild: succo via Pixabay,
Bearbeitung: VdK

Die Höhe des Bürgergeldes hat ein Jobcenter selbst richtig auszurechnen

In einem bemerkenswerten Urteil vom 3. April 2025 (Az. L 3 AS 772/23) hat das **Landessozialgericht Berlin-Brandenburg** entschieden, dass eine Familie überzahlte Bürgergeldleistungen nicht an das Jobcenter zurückzahlen muss – obwohl der Leistungsbescheid auf einem Rechenfehler beruhte. Der Fehler lag beim Jobcenter, das das Einkommen des Ehemanns fälschlich mit 1.600 Euro brutto statt netto angesetzt und dadurch zu viel Geld ausgezahlt hatte.

Die Vorinstanz hatte der Familie grobe Fahrlässigkeit unterstellt: Sie hätte den Fehler erkennen müssen. Das LSG widersprach dem deutlich. Bei komplizierten Berechnungen, wie sie in Bescheiden zur Grundsicherung üblich sind, könne man von Laien nicht verlangen, dass sie jeden Rechenweg und jede Begrifflichkeit – insbesondere die Unterscheidung zwischen Brutto- und Nettoeinkommen – vollständig durchdringen. Entscheidend sei, dass die Ehefrau glaubhaft gemacht habe, den Fehler trotz Durchsicht nicht bemerkt zu haben. Das Gericht betonte, dass Vertrauen in den Bescheid schützenswert sei, solange kein grob fahrlässiges Verhalten vorliege – und das sei hier nicht der Fall.

Das Urteil zeigt: Auch in einem hochregulierten System darf man den Maßstab für Mitwirkungspflichten nicht zu hoch anlegen. Wer als Bürger/in mit komplexen Verwaltungsakten konfrontiert wird, darf darauf vertrauen, dass die Behörde ihre Arbeit richtig macht – zumindest solange offensichtliche Zweifel nicht ins Auge springen. Das Jobcenter kann gegen die Entscheidung noch Revision beim Bundessozialgericht einlegen.

Über den Sozialverband VdK Rheinland-Pfalz e.V.



Der Sozialverband VdK Rheinland-Pfalz e.V. ist mit etwa 230.000 Mitgliedern die größte Interessenvertretung von Menschen mit Behinderung, chronisch Kranken, Sozialversicherten und Rentner:innen in Rheinland-Pfalz. Seine Ziele sind die berufliche und gesellschaftliche Integration sowie die soziale Sicherheit seiner Mitglieder. Der Sozialverband VdK ist parteipolitisch und konfessionell neutral und finanziert sich über Mitgliedsbeiträge.

Beratungen

In unseren 27 Kreisgeschäftsstellen in Rheinland-Pfalz beraten unsere Mitarbeiter:innen Sie in allen Belangen des Sozialrechts. Sie nehmen zum Beispiel Kontakt zu Ihrer Krankenkasse oder Rentenversicherung auf oder legen gegen Bescheid Widerspruch ein.

In den Sprechstunden in unserer Kreisgeschäftsstellen können Sie uns Ihr Anliegen in einem persönlichen Gespräch vortragen. Bitte vereinbaren Sie unbedingt vorher einen Termin.

Schwerpunkte

Rentenversicherung
 Kranken- und Pflegeversicherung
 Schwerbehindertenrecht
 Unfallversicherung
 Arbeitslosenversicherung
 Bürgergeld und Sozialhilfe
 Entschädigungsrecht

Rechtsschutz

Wir vertreten unsere Mitglieder auch gegenüber den Leistungsträgern (zum Beispiel Deutsche Rentenversicherung, Kranken- und Pflegekasse), Behörden und vor Sozial- und Verwaltungsgerichten durch alle Instanzen.

Freizeit und Geselligkeit

In circa 750 Ortsverbänden in Rheinland-Pfalz finden sich jeden Monat viele nette Menschen zusammen, um sich über die Änderungen im Sozialrecht oder anderen Rechtsgebieten zu informieren oder auch einfach nur gemeinsam etwas zu unternehmen.

Sozial **KOMPAKT**
politik

Sozialverband VdK Rheinland-Pfalz

Landesverbandsgeschäftsstelle

Kaiserstraße 62
 55116 Mainz

Telefon: 06131 669 70-0
 Telefax: 06131 669 70-99

Landesverbandsvorsitzender:
 Willi Jäger
 Amtsgericht Mainz VR 40249

Inhaltlich verantwortlich:
 Moritz Ehl
 Telefon: 06131 669 70-52
 E-Mail: moritz.ehl@rlp.vdk.de